

1 **LINKE lehnt Personalausgliederung am Carl-Thiem-Klinikum ab**

2 Die Mitglieder des Kreisverbandes Lausitz der Partei DIE LINKE wenden sich gegen die Pläne der
3 Geschäftsführung des Carl-Thiem-Klinikums Cottbus, rund 200 Arbeitsplätzen aus der
4 Stammebelegschaft in eine Tochtergesellschaft auszugliedern.

5 Die Mitglieder der Fraktion DIE LINKE in der Stadtverordnetenversammlung Cottbus werden
6 aufgefordert, sich im Sinne dieses Beschlusses zu positionieren.

7 Wir halten es für nicht hinnehmbar, dass wirtschaftliche Probleme des Hauses auf Kosten der
8 ökonomisch schwächsten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer „gelöst“ werden.

9 Neben der strukturellen Schwächung, der finanziellen Schlechterstellung zukünftiger Beschäftigter
10 und der Untergrabung der Positionen des Betriebsrates sehen wir auch noch die Gefahr des
11 Unfriedens in der zukünftigen Belegschaft. Die gleiche Arbeitsleistung soll dann für viele Jahre durch
12 unterschiedliche Bezahlung vergütet werden. Zudem besteht hier die Gefahr, dass die Qualität der
13 Arbeit mit Blick auf Patienten und Dienstleistungen des Klinikums absinkt.

14 Wir müssen aber auch feststellen, dass die eigentlichen Ursachen dieser geplanten Verfahrensweise
15 in der Gesundheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland liegen.

16 So, wie schon im Wahlkampf zur Bundestagswahl soziale Probleme und Aufgabenstellungen fast
17 ausschließlich durch DIE LINKE zum Thema gemacht wurden, spiegelt sich die unsoziale Politik der
18 Regierenden auch hier wider. Rückläufige Mittel für die Finanzierung von Krankenhäusern werden
19 auf dem Rücken der sozial Schwächsten ausgetragen. Die Schere der Einkommen geht noch weiter
20 auseinander. Unzufriedenheit und Unsicherheit wachsen und finden u.U. auch in Wahlergebnissen
21 ihren Niederschlag.

22 Wir bitten unsere Abgeordneten Anke Schwarzenberg und Matthias Loehr im Zuge der
23 Verhandlungen zum Nachtragshaushalt 2018 sowie zum Doppelhaushalt 2019/2020 auf eine
24 Erhöhung der Krankenhausfinanzierung hinzuwirken.

25 Damit könnte möglicherweise eine Verbesserung der Situation erreicht werden. Das Grundproblem
26 bleibt aber bei der unsozialen Gesundheitspolitik im Bund. Daher streiten wir auch weiterhin auf
27 Bundesebene für einen Politikwechsel, hin zu mehr sozialer Gerechtigkeit statt einer Politik, die
28 Gesundheit zur Ware deklariert.